

**J 012****DGB-Bundesjugendausschuss**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

**Mitbestimmung und Tarifpolitik**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

**Mitbestimmung**

Die Mitbestimmung soll die Demokratisierung der Wirtschaft mit sich bringen. Sie soll eine einseitige Macht der Arbeitgeber/-innen gegenüber den Arbeitnehmer/-innen einschränken. Mitbestimmung bedeutet Machtkontrolle und Mitgestaltung. Mitbestimmung bildet den Interessengegensatz ab und muss daher als elementarstes demokratisches Mittel in unserer Gesellschaft gesehen werden.

***Mitbestimmung für Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten***

Immer mehr Jugendliche werden in außerbetrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten oder im Rahmen der Verbundausbildung ausgebildet. Allein in den neuen Bundesländern sind fast ein Drittel aller Ausbildungsplätze außerbetrieblich.

Der DGB fordert gleiche Rechte für alle Auszubildenden. Er wird sich dafür einsetzen, dass der § 5 des BetrVG novelliert und um alle neuen Modelle von Ausbildung erweitert wird, wie z. B. dual Studierende, in externen Ausbildungsstätten Beschäftigte und zur Förderung im Unternehmen Beschäftigte.

***Freistellung von JAVen für Gremienarbeit***

Immer mehr Herausforderungen durch strukturelle und gesetzliche Änderungen bestimmen die Einsatzbereiche der JAV-Tätigkeit. Junge Leiharbeiter/-innen, Ausgliederung der Ausbildung, Probleme der Azubi-Übernahme oder lediglich befristete Übernahme etc. Um hier aktuell und gut vorbereitet wirken zu können, aber auch, um sich Rückhalt und Austausch zu sichern, muss das BetrVG novelliert werden und eine Abschaffung der LPersVGs und des BPersVG sowie die Schaffung eines bundesweit einheitlichen Personalvertretungsgesetzes angestrebt werden. Sollte das Ziel der generellen Abschaffung der LPersVGs und BPersVG zur Schaffung eines einheitlichen Personalvertretungsgesetzes nicht erreicht werden, ist eine Novellierung wie in den folgenden Forderungspunkten durchzusetzen.

Der DGB fordert:

- Die Novellierung von BetrVG/LPersVG/BPersVG, dass eine Vereinheitlichung des Wahlalters vorgenommen wird. Alle Arbeitnehmer/-innen sollen bis zum vollendeten 27. Lebensjahr wählbar für die Jugend- und Auszubildendenvertretung sein. Alle zu ihrer Ausbildung Beschäftigten, egal welchen Alters, können gewählt werden bzw. können wählen und erhalten damit das aktive und passive Wahlrecht.
- Dass duale Studenten und Werksstudenten als aktive und passive Wahlberechtigte für die JAV-Wahlen explizit in BetrVG/LPersVG/BPersVG genannt werden. Dafür müssen die §§ 60 Absatz 1 und 61 BetrVG novelliert werden.
- Die Novellierung von BetrVG/LPersVG/BPersVG mit dem Ziel, dass Leiharbeiter/-innen nach dem § 5 BetrVG/PersVG in dem Betrieb beschäftigt sind, in dem sie eingesetzt werden. Damit würde der BR mitbestimmungsberechtigt bei Einsatz und Einstellung von Leiharbeiter/-innen werden.

- Die Novellierung aller LPersVG und dem BPersVG, mit dem Ziel, dass studentische Beschäftigte, wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte an Hochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen das aktive und passive Wahlrecht zu ermöglichen.
- Gesetzliche Regelungen für JAVen auf EU-Betriebsebene zur Schaffung internationaler Standards und die Koordinierung der verschiedenen grenzüberschreitenden Ausbildungsstätten sowie der Mitbestimmung von internationalen Konzerngestaltungen. Dafür soll sich der DGB mehr mit diesem Thema beschäftigen. Er soll die beteiligten Mitgliedsgewerkschaften zusammenholen und bereits bestehende Regelungen auswerten und gemeinsame Ziele setzen. Die Erweiterung von EU und einem weiteren internationalen Bezug soll angestrebt werden. Ebenfalls sollen Möglichkeiten des Austausches zwischen den EU- Gewerkschaften geschaffen werden. Ziel ist es, die dafür benötigten gesetzlichen Regelungen aktiv mit zu gestalten und zu initiieren. Mitbestimmung für Schüler/-innen und Studierende Eine Föderalismusreform III für eine bundeseinheitliche Regelung zur Demokratisierung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Schüler/-innen und Studierenden muss initiiert werden.

## **Berufsausbildung**

### **AZV/Übernahme**

Der DGB fordert tarifpolitische Regelungen zur Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Die beschäftigungspolitische Wirkung muss für die Übernahme der Auszubildenden genutzt werden. Keine Arbeitsverdichtung. Der DGB wird aufgefordert, eine Dachkampagne zu schaffen, um alle Mitgliedsgewerkschaften in dieser Thematik unter Einbeziehung unter anderem des Themas „Übernahme“ zu einen. Im Vorfeld soll eine Sammlung aller bestehenden Aktivitäten und Kampagnen der Mitgliedsgewerkschaften zu diesen Themen organisiert werden.

### **Ausbildungsquote**

Der DGB fordert die branchenweite, tarifvertragliche (oder gesetzliche) Regelung einer Ausbildungsquote, als Mindeststandard. 7 - 8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten müssen Azubis sein. Hierzu soll eine fundierte Aufarbeitung über die benötigte prozentuale Ausbildungsquote und die Thematisierung von Ausbildungsplätzen in der Kampagne „Ausbildung für Alle“ stattfinden. Innerhalb der Kampagne „Ausbildung für Alle“ soll eine Entwicklung branchenübergreifender Mustervereinbarungen/Bausteine stattfinden.

Der DGB wird beauftragt, Initiierungselemente zu entwickeln, die das Thema Ausbildungsquoten in Tarifverträgen für die Mitgliedsgewerkschaften umsetzbar machen.

### **Ausbildungsqualität**

Der DGB fordert tarifvertragliche Regelungen der Qualität der betrieblichen Berufsausbildung innerhalb der Branchen und Tarifbereiche. Besonders zu beachten sind hier, dass Quote und Qualität zusammen gehören, die Anzahl von Ausbilder/-innen, die Ausbilder-Eignungs-Verordnung, die Regelung der Ausnahmen im JArbSchG, die Arbeitgeberfinanzierung von allen Ausbildungsmitteln, kein Einsatz von Azubis als Regelarbeitskräfte, keine Schmalspurausbildung – gute Ausbildung mind. 3 Jahre, Stufenausbildungen nur mit Anspruch auf die nächste Stufe, betriebliche Qualifikationen über den Ausbildungsplan/Lehrplan hinaus.

Der DGB fordert, dass die Auswertung Index Gute Arbeit mehr dazu ins Detail geht. Innerhalb des DGB sollen feste Qualitätsstandards vereinbart werden mit dem Ziel einer Definition für „Das ist gute Ausbildung“. Es sollen Muster-texte für Tarifverträge zu diesem Punkt entworfen werden. Es soll eine verstärkte Lobbyarbeit zur Einwirkung auf Kammern etc. stattfinden.

### **Mindestausbildungsvergütung**

Wir fordern eine Mindestausbildungsvergütung, insbesondere für Jugendliche in der außerbetrieblichen Ausbildung. Der DGB wird aufgefordert, einen Diskussionsprozess über die Höhe und den gesetzlichen bzw. tarifvertraglichen Umfang anzustoßen.

### ***Verlängerung der Altersteilzeit***

Der DGB fordert, dass die gesetzlichen Möglichkeiten ausgestaltet bzw. die gesetzlichen Regelungen durchgesetzt werden und dass frei werdende personelle Kapazitäten beschäftigungspolitisch für Ausbildung und Übernahme genutzt werden. Es soll die Zusammenarbeit der Fachabteilungen innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften zur Sondierung des Themas initiiert werden.

### **Tarifpolitik**

#### ***Arbeitszeitpolitik***

Um bei diesem Thema eine beschäftigungspolitische Wirkung zu entfalten und eine flexiblere Anpassung auf individuelle Lebensumstände zu erreichen, ist es nötig, dass sich der DGB umfangreich mit dem Thema Arbeitszeitpolitik bzw. Arbeitszeitgestaltung/-modelle innerhalb der Organisation auseinandersetzt und einen Forderungs- und Maßnahmenkatalog erstellt, um konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

#### ***Flächentarifvertrag***

Der DGB fordert den Erhalt und Ausbau der Flächentarifverträge für alle Branchen, zur Verhinderung von Lohndumping und zur Gleichbehandlung aller Erwerbstätigen.

#### ***Tarifautonomie***

Der DGB fordert die Ausweitung der Tarifautonomie, um eine Erpressbarkeit der Arbeitnehmer/-innen zu verhindern. Da die Tarifautonomie gesetzlich geregelt ist, kann die Politik darauf Einfluss nehmen, um dies zu verhindern, muss verstärkt Lobbyarbeit betrieben werden. Die Arbeitsniederlegung zur Bekundung politischen Willens, dessen Adressat der Gesetzgeber oder politische Instanzen sind, sollte wieder in den Fokus der Handlungsstrategien rücken.

#### ***Diskriminierungsfreie Tarifverträge***

Der DGB fordert, dass alle Tarifverträge diskriminierungsfrei im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes abgeschlossen werden. Somit müssen alle Tarifverträge zusätzlich folgendes beinhalten: Equal Pay, Anpassung Ost/West, Migration und Enthinderung. Alle bestehenden Tarifverträge müssen angepasst werden. Es sollen zudem Materialien entwickelt werden, die helfen, das Thema gewerkschaftsübergreifend als Querschnittsthema in der Jugendarbeit sowie in die JAV-Arbeit mit aufzunehmen.

#### ***Studentische Beschäftigte mit Tarifverträgen***

Der DGB fordert, dass alle Angestellten des Öffentlichen Dienstes in den Geltungsbereich TVÖD/TVL aufgenommen werden. In den Bundesländern, die nicht Mitglied der „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ sind, muss darauf hingewirkt werden, landesspezifische Tarifierungen zu erhalten bzw. zu erreichen. Dies betrifft unter anderem die studentischen Beschäftigten, die wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräfte sowie die Lehrbeauftragten an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Initiativen zur Tarifierung dieser Gruppen sollen un-

terstützt werden. Die Vermittlung des Themas in der Öffentlichkeitsarbeit soll unterstützt werden.

### ***Altersvorsorge***

Der DGB fordert die Schaffung von Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge durch die Arbeitgeber/-innen. Hierbei ist ein Insolvenzschutz sicherzustellen. Eine Analyse der Entwicklung der Altersvorsorge und eine Prüfung verschiedener Modelle im Sinne einer gesicherten Altersvorsorge muss zudem initiiert werden.

### ***Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)***

Der DGB fordert die Änderung des § 9 AÜG, damit Tarifverträge und andere betriebliche Regelungen des Einsatzbetriebes für Leiharbeiter/-innen gelten.

### ***Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen***

Der DGB fordert die Ausweitung der Anzahl allgemeinverbindlich erklärter Tarifverträge und die Vereinfachung des Verfahrens.

### ***EU-Tarifverträge***

Der DGB fordert gemeinsame und nicht konkurrierende Laufzeiten für Tarifverträge innerhalb der Branchen in der Europäischen Union, um Streikbrüche zu verhindern. Hierzu bedarf es einer besseren Absprache der Branchengewerkschaften zur Vernetzung, Transparenz und Integration der EU-Gremien.

### ***Internationale Tarifstandards***

Der DGB fordert zur Verhinderung von Unterbietungskonkurrenz im Sinne von Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen internationale Tarifstandards. Hierzu soll eine Thematisierung und Positionierung innerhalb des IGB forciert werden.